

# Neuer Bericht liefert Zahlen und Fakten zur Integration

Elf Seiten starker Leitfaden soll gefühlte Wahrheiten widerlegen — Markus Braun: „Politik der Regierung ist der eigentliche Skandal“

VON ARMIN LEBERZAMMER

„Bildung, Bildung und nochmals Bildung“ – das ist nach Ansicht von Bürgermeister Markus Braun der „Königsweg“ zur gelingenden Integration. Keine neue Erkenntnis sicherlich, wie er selbst einräumt. Der vorgestellte Bericht „Integration durch Bildung“ soll denn auch mehr als Argumentationshilfe in der aktuellen Zuwanderungsdebatte dienen.

FÜRTH – Welche Staatsbürgerschaft haben die in Fürth lebenden Ausländer? Über welchen Bildungsabschluss verfügen sie? Wie viele Kinder von Zuwanderern besuchen eine Kita? Das sind nur drei von vielen weiteren Fragen, die der elf Seiten starke Leitfaden zu beantworten hilft – aufgrund einer „seriösen Datenbasis“, die von Schulen und von Behörden erhoben wurde.

„Die neu Zugewanderten kommen gut in der Bildungslandschaft an.“ Das ist für Sebastian Dyrschka vom Bildungsbüro der Stadt eine der wichtigsten Erkenntnisse des Berichts. Am einfachsten gelinge Integration über Kita und Schule, wenngleich im Vorschulalter noch immer Steigerungspotenzial besteht. Demnach besuchen 43 Prozent der Kinder unter sechs Jahren mit Migrationshintergrund Krippe oder Kindergarten, während ihr Anteil in der Gesamtheit dieser Altersgruppe in Fürth bei 57 Prozent liegt. „Das ist keine erschreckend große Differenz, aber eben noch immer ein Unterschied“, kommentiert Dyrschka die Zahlen.

Andere sollen „gefühlte Wahrheiten“ widerlegen, so Markus Braun. So bilden nicht Menschen, die vor Gewalt und Krieg flohen, die Mehr-



Eine dreijährige Ausbildung für Migranten und dann zwei weitere Jahre im Beruf – dafür steht die 3+2-Regelung. Das Rathaus wünscht sich eine konsequente Umsetzung. Unser Bild stammt aus der Fürther Kinderarche. Archivfoto: Winckler

heit der Neu-Fürther ohne deutschen Pass, sondern EU-Bürger aus Ost- und Südosteuropa. „Es leben mehr Polen als Syrer und mehr Kroaten als Iraker bei uns“, betont Braun. Dementsprechend werde es die größte Herausforderung sein, bestehende und neue Bildungsangebote auf diese Zielgruppen zuzuschneiden.

Was bei Diskussionen oft zu falschen Schlussfolgerungen führe, sei die Teilnehmerzahl an Alphabetisierungskursen. „Das hat nichts mit fehlender Schulbildung zu tun“, betont Dyrschka. Anders als West- oder Mitteleuropäer verwendeten Griechen, Bulgaren oder Araber eben keine lateinischen Buchstaben. „Wir

müssen deshalb also von einer Zweit-Alphabetisierung sprechen“, so Dyrschka, der gemeinsam mit Kollegen aus dem Bildungsbüro die Daten und Fakten für den Bericht zusammengetragen hat.

Aufgrund von Zahlen aus der Bundesagentur für Arbeit lassen sich auch Erkenntnisse über den Bil-

dungsstand von geflüchteten Menschen herauslesen. 40 Prozent der in Fürth lebenden Flüchtlinge verfügen demnach über eine Hochschul- oder Fachhochschulreife, rund ein Viertel über Real- oder Hauptschulabschluss. Weitaus weniger können dagegen einen beruflichen Bildungsabschluss nachweisen, was laut Dyrschka in erster Linie an der im Ausland weitgehend unbekanntem dualen Ausbildung liegt.

Dieses deutsche Modell gilt vielen Staaten als Vorbild, gleichzeitig können viele Migranten ohne geklärten Aufenthaltsstatus keine der hierzulande freien Lehrstellen besetzen. Ein Grund dafür, so Markus Braun, sei das faktische Außerkraftsetzen der sogenannten 3+2-Regelung in Bayern. Sie soll Menschen den Weg in die Ausbildung und anschließend in zwei weitere Jahre im erlernten Beruf ebnen und ein zumindest begrenztes Bleiberecht bringen – ganz gleich, ob sie nach den fünf Jahren doch wieder die Bundesrepublik verlassen müssen oder nicht.

Richtig angewandt, würde die 3+2-Regelungen alle Beteiligten zufriedenstellen, glaubt Braun. Zum einen die Betriebe, die händeringend Nachwuchs suchen, und zum anderen die jungen Migranten, die sich eine Zukunft aufbauen möchten, anstatt untätig herumzusitzen. Letzteres sei nämlich nichts anderes als „ein idealer Nährboden für all das, was man sich eben nicht wünscht in einer Gesellschaft“, so der Bürgermeister.

Die Politik der Staatsregierung, gegen die sich auch Initiativen aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Kirche wenden, sei daher „der eigentliche politische Skandal“ in der Bildungs- und Integrationspolitik.